

Erscheinungen auf den Grund gehen

Interdisziplinäre Fachtagung über Politische Ideologien in Berlin

Von Christa Schaffmann

Eine Fachtagung über Politische Ideologien im Wandel der Zeit kommt an Islamismus und Rechtsradikalismus in diesen Tagen und Monaten nicht vorbei. Wie viel mehr sie bieten kann, hat die Sektion Politische Psychologie des BDP in Kooperation mit der Psychologischen Hochschule Berlin, der Hochschule Hamm-Lippstadt und der Universität Mannheim auf ihrer interdisziplinären Fachtagung Anfang September gezeigt. Sie brachte Vertreter aus Wissenschaft und Praxis zusammen, ermöglichte auch jenseits der Vorträge in den Pausen und bei einem gemeinsamen Abendessen einen regen Austausch und erlaubte die Anbahnung von Kooperationen. Sie machte deutlich, wo dringend Forschungsbedarf besteht und wo die Passung zwischen Forschung und Praxis (noch) nicht immer stimmt, vielleicht auch nicht stimmen kann, die Erwartungen auf der Praxis-Seite aber groß sind.

Der Aufruf zum Umdenken im Kampf gegen religiösen Extremismus durch den Psychologen Ahmad Mansour, den ersten Keynote-Speaker, war solide untermauert durch viele Erfahrungen aus der Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen und deren Eltern aber auch aus der eigenen Biographie. Der weit verbreiteten Ratlosigkeit darüber, warum sich Jugendliche radikalieren und sich zum Teil dem IS anschließen, setzte Mansour eine Fülle von Argumenten entgegen.

Kritisch wandte er sich damit indirekt auch gegen alle, die je nach politischem Standort die *eine* Ursache zu kennen glauben: die Benachteiligung durch die Gesellschaft, die soziale Ungleichheit, den Islam, die mangelnde Bildung. Die Ursachen seien komplex. Sie zu benennen und nicht aus Angst vor der Größe der Aufgabe oder aus Sorge um die Political Correctness zu verschweigen forderte er eindringlich.

Nach seiner Auffassung ist die Behauptung, der IS und andere Gruppierungen sowie deren Ideologie hätten nichts mit dem Islam zu tun, irreführend. Jegliches Islamverständnis, das die Sexualität tabuisiert, patriarchalisch angelegt ist, kritisches Denken nicht fördert sondern untersagt und ein Gottesbild zeigt, das mit der Hölle arbeitet, könne zur Radikalisierung führen. Auf die Frage, ob er damit nicht der AfD Recht gäbe, stellt er klar: „Wir müssen diese Themen ansprechen und darüber in der Gesellschaft mit und unter Muslimen diskutieren. Bürger müssen das Gefühl haben, dass es Lösungen gibt, die nicht in immer neuen Gesetzen, mehr Überwachung, sondern im Dialog von Menschen erreichbar sind.“

Was den IS so attraktiv für manche jungen Menschen macht

Er machte deutlich, dass es den radikalisierten jungen Menschen nicht um das Leben im Hier und Heute sondern um das geht, was danach kommt. Auch das Phänomen, dass immer mehr junge Mädchen und Frauen sich dem IS anschließen, vermochte er zu erklären. Viele von ihnen erlebten die Ausreise nach Syrien in den Krieg als Befreiung vom Elternhaus und merkten erst später, dass sie sich einer noch viel stärkeren Unterdrückung ausgeliefert haben.

Attraktiv sei der IS für junge Menschen auch durch seine einfachen Antworten, seinen Buchstabenglauben, durch die Abgabe jeglicher Verantwortung an Allah und die Propaganda im Netz. Die ausgefeilte Arbeit mit Videos und anderen Propagandainstrumenten im Internet wirke stärker als die Moscheen, sie spreche gezielt ein junges Publikum an. Der IS vermische darin Bilder, die die Jugendlichen aus Videospiele oder Blockbustern kennen, mit dem eigenen Kampf. Salafisten böten den Jugendlichen im Netz aber auch im persönlichen Kontakt Halt, eine Struktur im Alltag, das Gefühl, über andere Menschen entscheiden zu können. Zu glauben, die Radikalisierung werde mit dem Ende des Syrienkrieges aufhören, hält Mansur für eine Illusion. Diese jungen Menschen wollten für eine gerechte Sache sein, sie wollen auf der besseren Seite stehen, auf der Seite von Wahrheit und Gerechtigkeit. „Sie haben die Vorstellung, für die 1,5 Millionen von den Westmächten getöteten Muslime zu stehen und werden andere Kampfgebiete finden.“

Ahmad Mansur hat klare Vorstellungen, was zum einen die deutsche Politik, zum anderen die islamische Community tun müsse:

Reform der Ausbildung von Lehrern gefordert

Er forderte die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern zu reformieren. Viele seien überfordert wenn sie einen Dialog mit muslimischen Jugendlichen führen sollen. „Das ist aber notwendig, denn nur in Gesprächen über Sexualität, Geschlechterverständnis, Buchstabengläubigkeit, Opfer- und Feindbilder und nicht an Äußerlichkeiten wie Kopftüchern und Burkas lässt sich erkennen, ob ein Schüler sich radikalisiert. Nur im Dialog können wir sie früher als die Radikalen erreichen.“ Besonders gut eigneten sich dafür Menschen aus dem eigenen Kulturkreis. Sie könnten zeigen, dass man Moslem sein und trotzdem nicht denken müsse, dass die eigene Ehre von der Jungfräulichkeit der Schwester abhängt, dass Männlichkeit nicht bedeutet, Frauen zu kontrollieren, sondern mit gleichberechtigten Beziehungen vereinbar ist. An die Turboradikalisierung glaubt der Psychologe nicht. Auch Sozialarbeiter müssten besser auf diese Herausforderung vorbereitet werden

Nicht hinnehmbare Trends

Besorgt äußerte der Psychologe sich über die Zunahme von Frauenverachtung, Homophobie und Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen. Er warnt vor Ausbreitung einer völlig anderen Lebensweise, in der Sexualität tabuisiert wird und muslimische Eltern bereits im Kindergarten versuchen Einfluss darauf zu nehmen, ob ihre Kinder im Sommer auch mal nackt spielen und Neugier auf den eigenen Körper zeigen dürfen. Er setzte sich für bundesweit klare Regeln ein, was z.B. die Teilnahme am Schwimmunterricht betrifft. Es sei nicht hinnehmbar, dass manche Schüler weniger lernten als andere. Darüber hätten Eltern nicht zu entscheiden. Wer hier zurückweiche mache einen Fehler.

Von der muslimischen Community erwartet Mansour, mehr Verantwortung zu übernehmen. Trotz einiger Ansätze für eine kritische Betrachtung der Buchstabengläubigkeit vermisse er schmerzlich eine breite innerislamische Debatte und eine Streitkultur, die Kritiker zulässt und den Weg zu einer Reformation des Islam weist.

Im Durchschnitt wird die Bevölkerung liberaler, aber...

„Rechtsradikale Ideologien“ standen im Mittelpunkt des zweiten Keynote-Vortrags von Dr. Britta Schellenberg vom Centrum für Angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Als

zentralen Kern dieser politischen Ideologien beschrieb sie die Fiktion vom „Volk“ als homogenem Körper bzw. als Einheit, die als „Wir“-Gruppe etabliert wird. Gemein sei ihnen die Abwertung von Menschen nach ethnischen kulturellen, religiösen und sexuellen Kriterien. Von der Exklusion der „Anderen“ versprechen sich Rechtsradikale mehr Sicherheit. Mindestens tendenziell, so Schellenberg, wenden sich alle rechtsradikalen Ideologien gegen liberale Demokratie und ihre Grundwerte.

Mindestens einen Teil der Zuhörer überraschte die Referentin mit validen Umfrageergebnissen, denen zufolge die deutsche Bevölkerung insgesamt liberaler werde und abwertende Einstellungen deutlich zurückgingen. Sie machte das u.a. an Zahlen aus den Erhebungen von Oliver Decker und Elmar Brähler („Mitte-Studien an der Universität Leipzig) zu übersteigertem Nationalismus/Chauvinismus sowie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus deutlich. Hatten sich 2002 noch 18,3 Prozent der Befragten nationalistisch geäußert, so waren es 2016 nur 16,7 Prozent. Die mit 26,9 Prozent starke Ausländerfeindlichkeit 2002 ging bis 2016 auf 20,4 Prozent zurück. Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hatten 2002 9,7 Prozent, 2016 noch 5,4 Prozent.

Andere Umfragen ergaben allerdings eine wachsende Feindseligkeit gegenüber bestimmten Gruppen – Muslimen, Roma und Sinti sowie Homosexuellen. 41 Prozent der 2016 Befragten äußerten, Muslimen solle die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden; 2009 waren das nur 21,4 Prozent. Homosexualität wurde 2016 von 24,8 Prozent als unmoralisch verurteilt, 2014 hatten das nur 11,6 Prozent getan. Verbunden waren diese Aussagen mit einer gleichzeitig stark angestiegenen Ablehnung der demokratischen Parteien. 74 Prozent der Befragten stimmten dem Satz zu: „Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.“

Rechtsextremisten sehen in ihren Straftaten eine Art Selbstverteidigung

Worin der Gesetzgeber und Teile der Öffentlichkeit Straftaten gegen Ausländer erkennen, sieht das völkische „Wir“ angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen und Menschen mit Migrationshintergrund nur Akte der Selbstverteidigung in einer Notwehrlage. Am Beispiel des NSU machte Britta Schellenberg deutlich, dass Gewalt unter Rechtsradikalen als legitimes und erfolgversprechendes Mittel gilt, für das die Täter den „den Dank der Gemeinde“ erwarten könnten.

Eine einzige Ursache für diesen Trend gibt es ihres Erachtens nicht. Vielmehr kommen zu historischen Faktoren ökonomische dazu wie Arbeitsplatzverlust, prekäre Beschäftigung, Bankenkrise und andere. Nicht zu unterschätzen seien zudem die sozialen Faktoren (z.B. Statusverlust) und die politischen - Defizite in der Leistungsbilanz der Regierung zum einen und zum anderen der Wunsch nach einfachen Lösungen und/oder einem charismatischen Führer.

Es gelte klarzustellen, wer in unserer demokratischen Gesellschaft dazugehört und so das „völkische“ Beurteilungsschema zu dekonstruieren. Statt Verständnis für diffuse Ängste zu äußern müssten der Schutz vor Diskriminierung verstärkt, Grenzen klargemacht und das Recht durchgesetzt werden.

Auf Parallelen von Links- und Rechtsextremen angesprochen betont Schellenberg die völlig unterschiedliche Art der Zielstellung. Während die Linken eine Änderung der Gesellschaft anstrebten, geht es den Rechtsextremen um die angebliche Ungleichwertigkeit von Menschen. Sie werfe beide Extreme daher ungern in einen Topf.

Im Verlauf der Diskussion schildert die bayrische CSU-Bundestagsabgeordnete die Schwierigkeit, vor der Politiker wie sie bisweilen stehen. Sie wolle gern etwas gegen Rechtsextremismus tun, sei im konkreten Fall bisweilen aber unsicher: Ist die Genehmigung einer Gegendemo das Mittel der Wahl, wenn Rechte eine Kundgebung angekündigt haben? Wie entzaubert man Letztere? Wie verhindert man, dass Menschen auf Sprüche wie „Wir müssen unsere Frauen doch schützen“ hereinfliegen?

Sie steht mit ihren Fragen für eine Sehnsucht nach Lösungen, die die psychologische und auch andere Forschungsrichtungen nicht (jedenfalls nicht allein) geben können. Forschung sucht immer nach Antworten. Manchmal sind es nicht die, auf die die Gesellschaft wartet, oder sie sind nicht handhabbar für Politiker, Sozialarbeiter, Lehrer. Dann braucht es Menschen, die Forschungsergebnisse interpretieren oder weiterdenken. Das wurde auch auf der Fachtagung deutlich.

Brauchen Journalisten Sensibilitätsschulungen?

Ansatzpunkte gab es vor allem bei Ahmad Mansour aber auch bei Britta Schellenberg. Mediale Mechanismen, ist Letztere überzeugt, führten zu einer Dramatisierung der Lage, wobei den Berichterstattern ggf. oft nicht klar sei, was für Stereotype sie in ihre Beiträge aufnehmen oder welche eigenen Ängste sie damit kolportieren. Journalisten sollten mit wissenschaftlichen Studien konfrontiert werden; Sensibilitätsschulungen seien wünschenswert.

Welche Folgen eindimensionale und konfrontative Berichterstattung sowie stereotype Visualisierung der NATO und Russlands in Medien haben können, schilderte Fabian Gebauer von der Universität Bamberg. Getestet wurde ihr Einfluss u.a. auf die mehr oder weniger große Bereitschaft von Rezipienten zu militärischen statt diplomatischen Lösungen. Wenn bereits eine Landkarte, auf der Russland in rot, die europäischen NATO-Staaten in blau dargestellt sind, das Gefühl einer Bedrohung durch Russland verstärkt, die umgekehrte Farbwahl es aber abmildert, dann wird klar, wie nah an der gewollten oder ungewollten Manipulation sich Medien permanent bewegen.

Liberales und Konservative je nach Thema durchaus differenzierter als vermutet

Thomas Kessler (Universität Jena) setzte sich kritisch mit der zu engen Fokussierung auf bestimmte Themen auseinander, wenn es um die Unterschiede zwischen Konservativen und Liberalen geht. Beiden werden unterschiedliche Haltungen zu gesellschaftlichen Veränderungen attestiert: Liberale bevorzugten gesellschaftliche Veränderungen, Konservative dagegen den Status quo. Eine systematische Variation der Themen wäre s. E. nötig. Als Beleg präsentierte er Studienergebnisse, wonach sowohl konservative als auch liberale Untersuchungsteilnehmer je nach Thema Präferenzen für und gegen Veränderungen aufweisen und beide sowohl reaktionäre wie progressive Veränderungen anstreben. Somit unterlägen Teile der gegenwärtigen Forschung einer „liberalen Verzerrung“. Weitere Untersuchungen zu den psychologischen Unterschieden beider Gruppen seien geboten.

Um ökonomischen und kulturellen Konservatismus und ihre Wirkung auf die Haltung zu Flüchtlingen ging es im Vortrag von Silke Eschert (Universität Kiel). Bezogen auf die Flüchtlingsthematik habe sich gezeigt, dass kultureller Konservatismus stärker als ökonomischer negativ mit der generellen Aufnahmebereitschaft zusammenhing. Zudem hing kultureller Konservatismus stärker mit der Bewertung von Flüchtlingen als Sicherheitsrisiko zusammen und mit der Wahrnehmung eines Werteverlusts durch Flüchtlinge zusammen.

Wenn es noch eines Beweises für die Vorzüge interdisziplinärer Fachtagungen bedurft hätte, so wäre er durch Ann-Kathrin Biewener (Universität Potsdam) und ihren Vortrag unter dem Titel „Zionismus – zwischen Politischer Ideologie und nationaler Bewegung geliefert worden. Welche Bedeutung der Zionismus heute noch für den Staat Israel hat, wie viele politische Entscheidungen mit dieser Ideologie gerechtfertigt werden und wie viele verschiedene bis konträre Strömungen es inzwischen gibt – das war für das Auditorium von einigem Neuigkeitswert nicht nur bezüglich der häufig falschen Verwendung des Begriffes Zionismus in Berichten aus und über Israel.

Optimierung ohne Ziel statt Änderung der Verhältnisse

Ähnlich faszinierend war Florian Heßdörfers Vortrag über „Die Leere der Optimierung – Versuch über eine Ideologie ohne Idee“. Mit der Optimierung des eigenen Körpers oder der Performance im Beruf hatten viele Teilnehmer sich als Psychologen oder Psychotherapeuten schon einmal beschäftigt. Dass Heßdörfer ihn mit einem neuen Ideologietypus in Verbindung brachte, ließ aufhorchen. Er nennt ihn „eine Ideologie ohne Idee“. Die Figur der Optimierung sieht er dabei als exemplarisches Element einer solchen Ideologie. Das Kernkonzept der Optimierung – „Die Dinge sind nur gut, wenn sie besser werden“, wie auch seine individualisierten Variationen (etwa die Devise vom lebenslangen Lernen) treten als kaum angreifbare Maximen auf, die lediglich aussprechen, was die Vernunft ohnehin zu gebieten scheint. Optimiert werden nicht nur die Erziehung, das Aktiendepot, die Ernährung, die Partnerwahl und natürlich die Arbeitsprozesse. Gleichzeitig schrumpfe laut Heßdörfer die „Idee“ auf ein so zwanghaftes wie unspezifisches „Besserwerden“, dessen Ziel im Ban der universellen Steigerung verschwinde. Der Wille, stets besser werden zu wollen/müssen eröffne ein unendliches Projekt, das kein Ziel kennt. Das „Besser“ der Optimierung komme ohne das „Gute“ des überkommenen Fortschrittsglaubens aus. Aus diesem Grund, so Heßdörfer, markiert gerade die unverbindliche Idee der „Toleranz“ das leere Zentrum der Optimierungsideologie: Sie wird zur moralisch bemäntelten Form der Lethargie, mit der sich diejenigen schmücken können, welche die Änderung der Verhältnisse zugunsten der Optimierung verabschiedet haben.

Constanze Beierlein (Hochschule Hamm-Lippstadt) stellte eine neuentwickelte Kurzsкала Autoritarismus mit neun Items vor. Seit den Anfängen der Forschung von Adorno und Kollegen hat sich die Konzeptualisierung von Autoritarismus weg von einem Persönlichkeitsmerkmal hin zu einer ideologischen Einstellung entwickelt. In den 1980er Jahren wurde Autoritarismus als dreidimensionales Konstrukt konzipiert, bestehend aus den Subdimensionen autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit und Konventionalismus. Messinstrumente, die diese Differenzierung valide, reliable und ökonomisch erfassen, fehlten jedoch. Die neue Kurzsкала erfasst sie nun. Erste Studien bestätigen die konvergente und diskriminante Validität der Subdimensionen anhand von Außenkriterien wie Persönlichkeit, Religiosität, Vorurteile, Werte und Konservatismus. Die Ergebnisse weiterer Studien entsprechen überwiegend den theoretischen Erwartungen und belegen die hohe Güte der dreidimensionalen Kurzsкала.

Persönlichkeitsmerkmale beeinflussen Entwicklung politischer Orientierung

Mit der Frage, inwieweit die Entwicklung ideologischer Orientierungen von Persönlichkeitsmerkmalen beeinflusst wird, befasste sich Anja Mays (Universität Göttingen). Geht man von relativ konstanten und früh im Leben ausgebildeten Persönlichkeitseigenschaften aus, kann die langfristige Entwicklung ideologischer Positionen erheblich von individuellen Persönlichkeitsmerkmalen moderiert werden, so Anja Mays. Erste

Ergebnisse ihrer auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels basierende Untersuchung der Entwicklung von Orientierungen zwischen 2005 und 2014 in Form der Links-Rechts-Selbsteinstufung machen deutlich, dass Persönlichkeitsmerkmale einen signifikanten Einfluss auf die ideologische Orientierung ausüben. Emotional stabile sowie extrovertierte Personen wanderten weniger stark nach rechts als emotionale, introvertierte Menschen. Gleichzeitig weisen die Ergebnisse darauf hin, dass eine hohe Kontrollüberzeugung und ein ausgeprägtes politisches Effizienzgefühl mit einer stärkeren ideologischen Veränderung nach rechts einhergehen.

Christa Schaffmann